

Meinhard Johannides – Vorsitzender der Fraktion DAK MG

„Zu den vorliegenden Gesetzentwürfen für die GKV und SPV haben wir in den Berichten des Vorstands Bewertungen und Ausführungen gehört - dennoch möchte ich mich aus Sicht der Fraktion der DAK Mitgliedergemeinschaft hierzu äußern, denn - so notwendig gesetzliche Maßnahmen sind, so kritisch ist ihre vorgesehene Ausrichtung zu bewerten.

Der Grundsatz, die Ausgaben an den Einnahmen auszurichten, ist richtig und stellt zugleich eine Binsenweisheit dar! Aber genau dieser Ansatz wird im Detail ausgehöhlt. Das ursprüngliche Einsparvolumen (19,3 Mrd. €) schrumpft (16,3 Mrd. €), Lobbyinteressen gewinnen zunehmend an Einfluss – und am Ende zahlen wieder die Versicherten die Zeche.

Schon heute ist klar: Die Beitragszahlenden der GKV werden erneut massiv belastet – trotz der erheblichen Mehrbelastungen durch steigende Zusatzbeiträge (50 Mrd. €) in den Jahren 2025 und 2026. Bund und Länder hingegen entziehen sich ihrer Verantwortung. Versicherungsfremde Leistungen in Milliardenhöhe werden weiter auf die Kassen abgewälzt, ein fairer Ausgleich bleibt aus. Allein die Gesundheitskosten für die Empfänger/innen von Grundsicherung summieren sich auf mindestens 12 Mrd. € jährlich. Statt einem Ausgleich dieser Kosten sind deutliche Kürzungen (1,75 Mrd. €) geplant.

Zuvor wurden Rücklagen der Kassen, die für Krisenzeiten gedacht waren, durch politische Entscheidungen aufgezehrt – trotz klarer Warnungen der Kassen und seitens der sozialen Selbstverwaltung. Die Konsequenzen tragen nun wieder die Beitragszahlenden. Das ist weder gerecht noch nachhaltig.

Eine echte Stabilisierung gelingt nur, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag leisten: Alle Leistungserbringer ebenso wie der Staat. Der Bund, aber auch die Länder, entziehen sich weiterhin schamlos ihrer Verantwortung. Die vorliegenden Vorschläge kommen einer versteckten Beitragserhöhung gleich.

Wer von der GKV profitiert und Verantwortung trägt, darf sich nicht länger aus der Verantwortung stehlen!

Auch in der Pflegeversicherung zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Maßnahmen belasten vor allem Pflegebedürftige, Angehörige und Beitragszahlende. Weder die Rückzahlung der Corona-Hilfen noch die Übernahme von Investitionskosten durch die Länder sind vorgesehen.

Dabei könnten genau diese Schritte das Defizit deutlich senken und die Eigenanteile spürbar reduzieren – um mindestens 500 Euro monatlich. Stattdessen steigen die Kosten weiter und die politisch Verantwortlichen verlieren aus dem Blick, dass immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Weitere versicherungsfremde Leistungen, wie Rentenbeiträge für pflegende Angehörige (5 Mrd. €), belasten die Pflegeversicherung erheblich, obwohl sie gesamtgesellschaftlich finanziert werden müssten.

Diese Reformen weichen echter Verantwortung aus. Kranken- und Pflegeversicherung dürfen nicht länger zur Entlastung des Bundeshaushalts herangezogen werden.

Abschließend noch ein Blick auf unsere DAK-Gesundheit:

Positiv ist, dass es in den zurückliegenden und auch im laufenden Jahr gelungen ist unnötige Ausgaben zu reduzieren und damit auch ein Beitrag zur Stabilisierung des Zusatzbeitrags erzielt werden konnte.

Erfreulich ist auch, dass es trotz einer weiteren Erhöhung des Zusatzbeitrags zum 01.01.2026 gelungen ist, neue Mitglieder zu gewinnen und zahlreiche Mitglieder, die die Kasse verlassen wollten, weiterhin von den guten Leistungen der DAK-Gesundheit zu überzeugen.

Die hierfür eingesetzten Maßnahmen unterstützen wir ausdrücklich und appellieren, weiterhin auf ein seriöses Auftreten – das bei dem einen oder anderen Mitbewerber nicht an den Tag gelegt wird - zu setzen.

Die Fraktion der DAK Mitgliedergemeinschaft dankt allen Beteiligten für ihren Einsatz.

Den weiteren Gesetzgebungsprozess werden wir aufmerksam verfolgen und uns weiterhin aktiv einbringen.“